



Aus dem
Steiermärkischen
Landtag



Neue Schulden

- MASSNAHMEN GEGEN PLASTIKFLUT
- TRANSPARENTE FÖRDERUNGEN
- WOHNBEIHHILFE ANPASSEN!
- KÜNDIGUNGSSCHUTZ FÜR LEHRLINGE!

Das Doppelbudget 2009/2010 kann nicht eingehalten werden. Vor allem die budgetierten Einnahmen brechen weg. Schuld ist der schlecht verhandelte Finanzausgleich mit dem Bund.

Durch die Krise und die Steuerreform gehen die Steuereinnahmen des Bundes zurück. Während der Finanzminister milliardenschwere „Bankenrettungsaktionen“, etwa für die Kärntner Hypo für nötig hält, bekommen Länder und Gemeinden immer weniger Geld. SPÖ und ÖVP haben sich darauf geeinigt, 112,6 Millionen Euro an neuen Schulden aufzunehmen.

Zur Erinnerung: Der Budget-

umfang in der Steiermark beträgt knapp fünf Milliarden Euro, die Gesamtverschuldung liegt bei fast 1,5 Milliarden. Die KPÖ kritisierte diese Budgetkorrektur für 2010 vehement. KPÖ-LAbg. Werner Murgg zu Finanzlandesrat Christian Buchmann (ÖVP): *„Man kann das Budget auf zwei Arten sanieren. Durch Einsparungen oder durch neue Einnahmen. Statt neue Einnahmen zu erschließen, wollen sie einen radikalen Sparkurs fahren.“*

Im Vorfeld der Debatte sickerte durch, dass SPÖ und ÖVP ab 2011 den Haushalt um 25 Prozent kürzen wollen. Werner Murgg: *„Sagen Sie den Steirern vor der Wahl, welche Leistungen wegfallen. Das zu erfahren, haben die Menschen ein Recht!“* Die KPÖ fordert eine einnahmenseitige Budgetsanierung. Allein eine

Nahverkehrsabgabe der Unternehmer nach Wiener Vorbild würde im Jahr mindestens 25 Millionen Euro bringen, die Anhebung der Spielautomatenabgabe auf Wiener Niveau 50 Millionen Euro.

Wichtig sei vor allem ein anderer Finanzausgleich. Murgg: *„Zur Rettung von durch kriminelle Machenschaften in Schieflage geratene Banken werden die Milliarden hinausgeblasen. Für Länder und Gemeinden ist kein Geld da!“* Die KPÖ stimmte gegen das Budget.

Maßnahmen gegen die Plastikflut

Debattiert wurde der jährliche Umweltschutzbericht des Landes. Ein Antrag der KPÖ, die Landesregierung aufzufordern, im Bereich des Landes Kon-

zepte gegen die Plastikflut zu entwickeln, wurde einstimmig angenommen.

Transparenz

Die ÖVP wünscht sich ein sogenanntes „Transferkonto“. Dabei sollen alle sozialen Leistungen, die jemand bekommt, aufgelistet werden. So will die ÖVP die, wie sie es nennt, „soziale Treffsicherheit erhöhen.“ KPÖ, SPÖ und Grüne sehen darin den Versuch, die Empfänger von Sozialleistungen zu verunsichern. Claudia Klimt-Weithaler: *„Die ÖVP argumentiert mit Treffsicherheit. In der Praxis geht es um Einsparungen. Bei Wirtschaftsförderungen will die ÖVP von Transparenz nichts hören.“* Der ÖVP-Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, KPÖ und Grünen abgelehnt.